



IHK BERLIN

Arbeitsprogramm 2021 für die Berliner Wirtschaft



Arbeitsprogramm 2021 für die Berliner Wirtschaft

Inhalt

1. TOP-THEMEN 2021	2
Die Vollversammlung und Fach- und Branchenausschüsse setzen jährliche Schwerpunkte als Top-Themen.	
2. ZIELE UND MAßNAHMEN 2021	8
Acht Themenfelder mit dazugehörigen Zielen und Maßnahmen als Kernproduktportfolio der IHK Berlin.	
Regionale Wirtschaftspolitik	8
Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und gute Rahmenbedingungen für Gründungen sind das Resultat einer unternehmensfreundlichen Wirtschaftspolitik, die wir einfordern.	
Infrastruktur und Stadtentwicklung	11
Die wachsende Metropole und ihre Unternehmen brauchen Flächen zur unternehmerischen Entfaltung und eine effiziente Infrastruktur für einen funktionierenden Wirtschaftsverkehr.	
Haushalt und Wettbewerb	14
Das Vertrauen in den Staat als Partner der Wirtschaft wird gestärkt durch solide öffentliche Finanzen, ein einfaches Steuerrecht und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.	
Standortfaktor Verwaltung	16
Die moderne öffentliche Verwaltung muss ein effizienter und digital aufgestellter Service-Partner der Berliner Unternehmen werden.	
Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt	18
Die Beschäftigten sind Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges Berlins. Exzellente Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie ein funktionierender Arbeitsmarkt sind dafür elementar.	
Innovation, Technologie und Wissenschaft	22
Berlin ist Wissensstandort und seine innovativen Unternehmen sind Vorreiter der Digitalisierung. Wissenstransfer, Hochschulförderung und digitale Infrastruktur sind dafür zukunftsrelevant.	
Umwelt und Ressourcen	24
Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Ausgleich wirtschaftspolitischer und umweltpolitischer Interessen ist Grundlage für nachhaltiges Wachstum.	
Internationalisierung der Berliner Wirtschaft	26
Der Außenhandel der Berliner Unternehmen ist ein Wachstumsfaktor. Berlin bedeutet als deutsche Hauptstadt einen Standortvorteil für die Betriebe im internationalen Geschäft.	



1. Top-Themen 2021

Die Vollversammlung sowie die Fach- und Branchenausschüsse setzen sich für das Jahr 2021 folgende Themenschwerpunkte:

Fünf Bausteine für mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik

Das Jahr 2020 kann in die Geschichtsbücher eingehen als ein Jahr der Unsicherheit, als ein Jahr der Krise. Es kann aber auch als das Jahr in Erinnerung bleiben, das den digitalen Strukturwandel beschleunigt und uns die wichtigsten strukturellen Schwächen Berlins vor Augen geführt hat: 2020 als ein Auslöser für das Neumachen und Umdenken. Die Entscheidung, welchen Weg wir im Jahr 2021 einschlagen, wird maßgeblich beeinflussen, wie man auf die historische Bedeutung des Krisenjahres 2020 zurückschauen wird.

Aus Sicht der Berliner Wirtschaft kann die beste Antwort auf die Herausforderungen dieser Zeit nur die einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik sein. Die Erfahrungen aus dem Pandemie-Jahr haben uns gezeigt, dass der Ausgleich ökonomischer, sozialer und ökologischer Interessen nicht nur ein probates Krisenreaktionsmittel ist, sondern sich auch als Richtschnur für den Wiederaufbau eignet. Wir alle haben etwas gelernt.

Eine starke Wirtschaft war der Garant dafür, dass auch in dieser Krisenzeit die meisten Bürgerinnen und Bürger Berlins ihren Job behalten haben. Das Hilfsnetz der sozialen Marktwirtschaft und die Bereitschaft, in den Betrieben nach individuellen Krisenlösungen zu suchen - seien es Kurzarbeit, digitale Hilfsmittel oder Homeoffice-Modelle -, haben den Zusammenhalt gestärkt. Die Wirtschaft ist kein isoliert zu betrachtender Akteur. Die Wirtschaft sind wir alle.

Mit dem dritten Hitzesommer in Folge wurde zudem deutlich, dass der Klimawandel auch in Krisenzeiten keine Auszeit nimmt. Die „Klimafrage“ ist in allen Debatten der Stadt gegenwärtig. Insbesondere die Diskussionen um neue Radwege und die Sanierung von Gebäuden werden heute immer stärker mit klimapolitischen Argumenten geführt. Es lohnt sich, das Leben und Bewegen in der wachsenden Stadt neu und ökologisch zu denken. Dafür muss jedoch der Ausgleich aller Interessen geschafft werden. Die Errichtung eines Pop-Up-Radweges, der Liefern und Laden für die lokale Wirtschaft unmöglich macht, sucht nicht den Ausgleich, sondern führt zu verhärteten Fronten. Das geht besser. Das geht nur im Dialog mit der Wirtschaft.

Im Wahljahr 2021 müssen nachhaltige Konzepte für mehr Wirtschaftskraft und Miteinander in der Metropole Programm werden: Die Corona-Krise muss gestärkt überwunden werden, junge Menschen müssen in der dualen Ausbildung ihre Zukunft sehen, die Digitalisierung zum Verstärker von mehr sozialer Teilhabe und Innovationskraft und der Klimaschutz in Mobilität und Städtebau wirtschaftsfreundlich vorangetrieben werden.



Baustein 1

Wahljahr 2021 für den Neustart nutzen

Die Krise des Jahres 2020 hat die Schwachpunkte der Stadt besonders hervorgehoben. Eine Verwaltung, die wenig flexibel und digital auf neue Herausforderungen reagiert. Ein Bildungssystem, das Arbeitnehmer und Betriebe im Homeschooling gleichermaßen herausfordert. Eine Wohnungsbaupolitik, die den Neubau verschleppt und mit dem Mietendeckel nicht nur Investoren als auch Mieter ratlos macht. Eine Verkehrspolitik, die nicht den Ausgleich sucht, sondern die Konfrontation zwischen den Verkehrsteilnehmern schürt. Die IHK Berlin wird diese strukturellen Defizite in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten im Wahljahr 2021 stellen und Lösungen adressieren, die den Ausgleich suchen und nicht die Konfrontation.

Dafür wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- die Beteiligung ihrer Mitglieder im Wettbewerb der Ideen um die beste nachhaltige Wirtschaftspolitik verstärken. Wahlprüfsteine der Berliner Wirtschaft definieren Lösungsansätze und Visionen für die Hauptstadt, an der sich die Parteien messen lassen müssen. Mit Testimonials aus dem Ehrenamt und unterschiedlichen Beteiligungsformaten werden gute Beispiele aufgezeigt, wie Wirtschaft schon heute den Ausgleich mit den Interessen der Stadtgesellschaft sucht.
- in öffentlichen Diskussionsformaten mit der Landes- und Bundespolitik die großen strukturellen Herausforderungen zur Sprache bringen und Lösungen im Dialog mit der Berliner Wirtschaft anbieten.
- mit Beteiligung der Ausschüsse und der Mitgliedschaft wirkungs- und umsetzungsorientierte Vorschläge in die Koalitionsverhandlungen einbringen.

Baustein 2

Corona-Krise meistern und nutzen

Die Corona-Krise ist noch nicht durchgestanden. Die Wirtschaft startet das Jahr 2021 in einer Phase des Lockdowns. Die Perspektive auf eine erfolgreiche Impfkampagne und den Restart des öffentlichen Lebens im Verlaufe des Jahres 2021 ist jedoch gegeben. Die IHK Berlin wird sich daher auch im Jahr 2021 für die zielgerichtete Kompensation der vom Lockdown betroffenen Unternehmen einsetzen und die Verhältnismäßigkeit getroffener Maßnahmen kritisch kommentieren. Für den Wiederaufbau der Wirtschaft wird sie Schritte vorschlagen, die im Ausgleich ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte ihre Wirkung entfalten. Weiterhin wird die IHK Berlin den hohen Informationsbedarf ihrer Mitglieder bezüglich der operativen Umsetzung vieler Punkte in den Geschäftsbetrieb durch entsprechende Service-Angebote sowie aktiver Kommunikation bedienen.



Dafür wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- sich in die Diskussion um die beste Politik im Lockdown einmischen und dafür die Bedarfe besonders betroffener Branchen sichtbar machen, für deren zielgerichtete und zügige finanzielle Kompensation einsetzen und Wege aus der Betriebsschließung in die Normalität aufzeigen.
- Informationen zu gesetzlichen Regelungen als auch zu sämtlichen finanziellen Hilfsprogrammen aufbereiten, kommunizieren und ihre Mitglieder beraten. Darüber hinaus werden Regelungslücken identifiziert, adressiert und die Schließung dieser Lücken bei den zuständigen Institutionen und Behörden forciert.
- den Übergang der Krise mitgestalten, indem sie die Impfkampagne mit Informationen an ihre Mitglieder unterstützt und ein nachhaltiges Konjunkturprogramm in den Diskussionsprozess um den Neustart der Wirtschaft einbringt.
- die Erfahrungen aus der Krise aufbereiten, um daraus langfristige Handlungsfelder und Forderungen für einen Fahrplan der neuen Vollversammlung für das Jahr 2022 vorzubereiten.

Baustein 3

Ausbildungsmarkt krisenfest aufstellen für Betriebe und Jugendliche

Die Krise des Jahres 2020 hat sehr deutlich offengelegt, welche Defizite in der Berufs- und Studienorientierung, bei den digitalen Herausforderungen an den beruflichen Schulen und in den bestehenden Vermittlungsstrukturen z.B. der Jugendberufsagentur Berlin herrschen. Sie hat über die Betroffenheit der Wirtschaft in Folge auch die duale Ausbildung erreicht. Wenngleich in vielen Branchen das Ausbildungsengagement im Corona-Jahr 2020 aufrechterhalten oder erhöht wurde, besteht die Herausforderung, dass Jugendliche mit alternativen Optionen und ihre Eltern noch stärker als bisher in Richtung eines Studiums oder in schulische Ersatzmaßnahmen ausweichen. Die Krise treibt den Imageverlust der dualen Ausbildung bei Jugendlichen und Eltern weiter an, da in der Krise den Hochschulen und den schulischen Bildungsgängen mehr Sicherheit zugesprochen wird – das ist fatal für die Fachkräftesicherung in und nach der Krise.

Das Land Berlin und die IHK Berlin haben Maßnahmen ergriffen, um z.B. die Azubis der Hotellerie und Gastronomie über ein Ausbildungshotel eine Brücke durch die Krise zurück in die Betriebe zu bauen. Pop-up-Lösungen wie die Prüfungsvorbereitung für Köchinnen und Köche unterstützten auf dem Weg durch die Krise.

Im kommenden Jahr wird die IHK Berlin die Ausbildungsbetriebe, die durch die Coronakrise besonders betroffen waren und ihr Ausbildungsengagement deshalb einschränken mussten, durch persönliche Beratung und moderne Matchingformate gezielt dabei unterstützen, das alte Ausbildungsniveau zu erreichen oder zu übertreffen. Neue ausbildungsinteressierte Unternehmen werden wir enger als bislang auf dem Weg zum ersten Azubi begleiten.



Die IHK Berlin wird den Lerneffekt aus der Krise in eine konstruktive politische Debatte überführen, um notwendige strukturelle Reformen in den Mittelpunkt der Aktivitäten im Wahljahr 2021 zu stellen.

Dafür wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- mit den Erfahrungen aus der Corona-Krise die notwendigen Strukturreformen im Land Berlin anstoßen. Dazu gehört eine Bündelung der heute auf zwei Senatsverwaltungen verteilten Kompetenzen in der beruflichen Bildung (z.B. in einem Landesinstitut für berufliche Bildung wie in Hamburg), eine Verbesserung der Vermittlungsstrukturen der Jugendberufsagentur sowie die Überarbeitung des Landeskonzeptes Berufs- und Studienorientierung.
- das Land Berlin beim Schließen von Förderlücken für ausbildende Unternehmen beraten, die Krisenerfahrungen in Hinblick auf einen zukunftsfähigen Ausbildungsmarkt in die politische Debatte überführen mit dem Ziel, die Strukturen für die Berufs- und Studienorientierung zu verbessern, die Digitalisierung in den Berliner Schulen und Oberstufenzentren voranzutreiben, Übergänge von der Schule in den Beruf noch häufiger gelingen zu lassen, sowie eine Verbesserung bei der Vermittlung in betriebliche Ausbildung zu erreichen.
- als Kultivator gemeinsam mit den Akteuren der beruflichen Bildung Initiativen begleiten, die einen Beitrag zur Zielerreichung leisten, z.B. den Talente Check und den Show Room duale Ausbildung eröffnen und durch eigene Angebote Betriebe bei der Ansprache und Gewinnung von (u.a. leistungsstarken) Nachwuchs unterstützen – vermehrt auch digital.
- Matching-Angebote weiter stärken, insbesondere mit einem Ausbildungsatlas das Angebot von Berliner Unternehmen für Jugendliche transparent machen, mit Hilfe hybrider Messeformate den Ausfall etablierter Präsenz-Ausbildungsmessen kompensieren und mit dem Ausbau des Projektes „Passgenaue Besetzung“, welches KMUs bei der Besetzung vorhandener Ausbildungsplätze berät, Betriebe mit potentiellen Auszubildenden zusammenbringen.
- mit Beteiligungsformaten gute Beispiele aufzeigen, wo und wie die Berliner Wirtschaft nachhaltig ihre eigenen Fachkräfte sichert, das Engagement der Ausbildungsbetriebe sichtbar machen, eine Ausbildungsplatzabgabe (weiterhin) verhindern und einen Beitrag zur Imagesteigerung der beruflichen Bildung im Land Berlin leisten.
- über eigene Initiativen Impulse setzen, in der frühkindlichen Bildung durch die Fortbildung von pädagogischen Fachkräften im Projekt „Haus der kleinen Forscher“, in der Ausbildung z.B. durch den Aufbau der übergreifenden Website www.ausbildung.berlin als zentrale Informationsquelle und Metasuchmaschine über alle angebotenen Ausbildungsplätze in Berlin, um zusammen mit Partnern mehr Jugendliche für eine duale Ausbildung zu erreichen und Unternehmen bei der Besetzung von Plätzen zu unterstützen.



Baustein 4

Digitalisierung als wirtschaftliche und gesellschaftliche Triebfeder fördern

Die Krise des Jahres 2020 hat im Bereich der Digitalisierung Berlins neben all den Umsetzungsproblemen auch verdeutlicht, dass es in Berlin an Richtlinienkompetenz und verbindlichen Zuständigkeiten fehlt.

Unternehmen, Bevölkerung, Schulen oder Gesundheitsämter – alle haben gemerkt, in welchen Politikfeldern Berlin in der Vergangenheit seine Hausaufgaben nicht gemacht hat, um eine serviceorientierte und digitale Stadt zu sein bzw. zu werden. Auf dem Weg zur Digitalisierungshauptstadt mit Digitalstrategie und einer modernen Verwaltung ist es noch ein weiter Weg. Auf diesem wird die IHK Berlin das Land Berlin und den Regierenden Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin und die Fachressorts antreiben, um endlich im Wahljahr 2021 und der kommenden Legislaturperiode eine bessere Governance-Struktur zur Steuerung der Digitalisierung zu erreichen, die moderne und digitale Verwaltung Realität werden zu lassen, die Glasfaserverfügbarkeit auszubauen oder mit der Umsetzung der Open-Data-Strategie des Landes Berlin oder dem eGovernment Gesetz die Stadt in die 20er Jahre des 21. Jahrhunderts zu führen.

Dafür wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- auf die Umsetzung der mit dem Ehrenamt konzipierten #Digitaloffensive der IHK Berlin (www.ihk-berlin.de/digitaloffensive) und für eine neue Governance-Struktur im Land Berlin hinwirken, u.a. mit einem Chief Digital Officer in der Senatskanzlei. Im digitalpolitischen Endspurt wird die IHK Berlin sich dabei auf die digitale Verwaltung, digitale Bildung und digitale Infrastruktur fokussieren.
- die Digitalstrategie des Landes Berlin in der Entwicklung und Umsetzung begleiten sowie die Digitalagentur Berlins als Kultivator den Berliner Unternehmen durch Kooperationen, Netzwerke und Services zugänglich machen (z.B. KI im Mittelstand, Kompetenzzentrum 4.0).
- gemeinsam mit dem Ehrenamt und Beteiligungsformaten die Politik antreiben und unterstützen, ein digitales Bürgeramt „auf der grünen Wiese“ zu pilotieren, um die für die Wirtschaft wichtigsten Fachverfahren von A-Z zu digitalisieren.
- die Mitgliedsunternehmen bei der nachhaltigen Digitalisierung ihrer Geschäftsmodelle, der IT-Sicherheit und beim Breitbandausbau unterstützen und zu den jeweiligen Förderprogrammen (z.B. Digitalprämie, Breitbandförderung) beraten.



Baustein 5

Wirtschaftsfreundlicher Klimaschutz als Konzept für die ganze Stadt

Berlin will bis 2050 klimaneutral werden. Die Berliner Wirtschaft unterstützt dieses Ziel und will die Erfüllung des Ziels mitgestalten. Diese Mammutaufgabe erfordert jedoch enorme Anstrengungen von Politik und Gesellschaft. Ganze Infrastrukturbereiche müssen optimiert oder ausgebaut werden, neue Technologien und Geschäftsmodelle entwickelt und implementiert werden und dafür investitions- sowie innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden. Die größten lokalen Hebel für eine wachstumsfreundliche und ökologische Wirtschaftspolitik liegen in der Energiewende, der Stadtplanung sowie der Verkehrspolitik. Hierzu wird sich die IHK Berlin positionieren.

Dafür wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- unter Einbezug ihrer Mitglieder und Gremien, eine umfassende Positionierung zum wirtschaftsfreundlichen Klimaschutz erstellen, die die Handlungsfelder der Energiewende, der Kreislaufwirtschaft, der Stadtentwicklung und der Verkehrspolitik integriert und gute Beispiele aus der Praxis aufzeigt.
- die Entwicklung und Begleitung von wirtschaftsfreundlichen Mobilitätskonzepten unter Aspekten des Klimaschutzes vorantreiben, insbesondere beim Ausbau von neuen Mobilitätsangeboten (Sharing), dem Aufbau einer E-Mobility Infrastruktur sowie der Entwicklung innovativer Konzepte für den Lieferverkehr.
- klimaschutzrelevante sowie nachhaltige Aspekte in Aktivitäten zur wirtschaftsfreundlichen Stadtentwicklung integrieren, insbesondere bei der Diskussion um die Erstellung des Stadtentwicklungsplans Klima, der Weiterentwicklung des Zentren-Wettbewerbes Mittendrin und bei der Positionierung zur energetischen Gebäudesanierung.



2. Ziele und Maßnahmen 2021

Kernproduktportfolio der IHK Berlin nach Themenfeldern

Regionale Wirtschaftspolitik

Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund

Unternehmer treffen die besten Entscheidungen, wenn sie konjunkturelle und branchenspezifische Entwicklungen frühzeitig kennen. Dies hat insbesondere die Corona-Krise gezeigt. Auch die Politik und Verwaltung benötigen dieses Wissen, um die richtigen Weichen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort, wirksame Hilfen in der Krise sowie für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu stellen.

Die IHK Berlin gibt hierzu wichtige Impulse, indem sie wirtschaftsrelevante Informationen zur Verfügung stellt, interpretiert und in unterschiedlichsten Formaten (z.B. Gespräche, Veranstaltungen, Publikationen, Netzwerken, Öffentlichkeitsarbeit) an die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung weitergibt. Sie identifiziert Wachstumskerne und Branchenentwicklungen in der Stadt und führt Standortanalysen und -studien durch.

Die IHK Berlin nutzt dieses Wissen gegenüber der Politik, Verwaltung und am Wirtschaftsleben Berlins beteiligten Institutionen und gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen (z. B. konsequente Umsetzung der Berliner Clusterpolitik, bei der Digitalisierung und des Masterplans Industriestadt Berlin) ab. Sie arbeitet mit allen wirtschaftspolitischen Partnern zusammen, um diese umzusetzen und Synergien für die Berliner Wirtschaft zu schaffen.

Maßnahmen

- Auf die bessere Zusammenarbeit im Metropolraum Berlin-Brandenburg hinwirken, im Jahr 2021 insbesondere durch die Mitwirkung und Umsetzung des Strategischen Gesamtrahmens der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.
- Die wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen, z.B. in verschiedenen Formaten wie dem Konjunkturbericht oder der „Berliner Wirtschaft in Zahlen“, im Jahr 2021 insbesondere die Erarbeitung und Umsetzung eines Konjunkturprogrammes für den Wiederaufbau der Berliner Wirtschaft.
- Die Ausrichtung der Branchenpolitik durch Mitarbeit in den relevanten Gremien und politische Positionierung im Sinne des wirtschaftlichen Gesamtinteresses mitgestalten, im Jahr 2021 u.a. durch die Begleitung der Erarbeitung und Umsetzung der entsprechenden Masterpläne.



- Restart der Tourismuswirtschaft aktiv gestalten und fördern sowie die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept 2018+ weiterhin kritisch begleiten.
- Begleitung gesundheitspolitischer Regulierungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene sowie der Umsetzung des Masterplans Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg im Sinne der Unternehmen.
- Politische Begleitung der Berliner Industriepolitik in 2021, insbesondere die weitere Umsetzung des Masterplans Industriestadt Berlin (MPI) mitgestalten, sowie die Mitarbeit im Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP) fortsetzen, um eine aktive und effektive Industriepolitik zu befördern, die angemessene Rahmenbedingungen für die Berliner Industrie schafft.
- Politische Begleitung der Berliner Politik bei der Umsetzung des Masterplans und dem damit verbundenen (Neu-)Aufbau des Clusters „IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft“, um so die Standortbedingungen für die Branche zu verbessern.
- Umsetzung des neuen Sportentwicklungskonzepts des Senats kritisch begleiten und auf Akquise von Sportevents mit hoher Stadttrendite (z.B. hohe Umsätze der Berliner Wirtschaft) hinwirken.

Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort

Berlin verteidigt seit Jahren den Titel der Gründerhauptstadt Deutschlands. Dieser Titel ist insbesondere dann etwas wert, wenn die Gründungen in der Hauptstadt nachhaltig wirtschaftlich erfolgreich sind, d.h. nach der Gründung wachsen und so einen Mehrwert für die Berliner Wirtschaft schaffen. Die Corona-Krise bedeutet einen Stresstest für die etablierten Strukturen der Stadt. Umso mehr benötigen Unternehmer Auskünfte vor allem zum formellen Gründungsprozess, zu Förderinstrumenten und Netzwerken. Die IHK Berlin wird hier mit Informationen und Beratung Orientierung geben. Gleichzeitig setzt die IHK Berlin Impulse zur gezielten Verbesserung des Berliner Gründungsökosystems, um insbesondere im internationalen Vergleich das Gründungsgeschehen weiter zu stärken. Dabei messen wir uns weiterhin mit international führenden Standorten, wie London oder Tel Aviv, fokussieren uns jedoch gleichzeitig darauf, die Einzigartigkeit des Berliner Ökosystems herauszuarbeiten und zu unterstützen. Hierfür wird die IHK Berlin im Interesse der Unternehmen eigene Angebote entwickeln oder die Umsetzung von Vorschlägen bei Partnern, Verwaltung und Politik fordern. Die Dienstleistungen der IHK Berlin zur Unterstützung im Gründungsprozess richten sich sowohl an klassische Gründer als auch an Start-ups.

Maßnahmen

- Partnering-Angebote ausbauen, um etablierte Wirtschaft mit Start-ups besser zu vernetzen.
- Gründer und werdende Start-ups durch Informationen, Netzwerkveranstaltungen und Gründerinitiativen aktiv unterstützen.
- Unternehmen bei Fragen zum Handels- und Gesellschaftsrecht informieren und bei der Eintragung ins Handelsregister unterstützen.
- Unternehmen im Nachfolgeprozess unterstützen; Überprüfung und ggf. Anpassung des IHK-Angebotsportfolios im Nachfolgeprozess und dessen zielgruppengerechte Vermarktung.



- Unternehmen bei ausländerrechtlichen Fragestellungen unterstützen.
- Rahmenbedingungen für Gründer verbessern, im Jahr 2021 insbesondere durch die verstärkte Vernetzung und Koordinierung mit den relevanten Stakeholdern, u.a. in der Start-up Unit des Landes Berlin.
- Netzwerkmanagement durchführen.

Ziel: In Berlin finden Unternehmen für ihre Ideen und Wachstumsstrategien optimale Finanzierungsbedingungen

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass der Zugang zu passenden finanziellen Mitteln für Unternehmen zu allen Zeiten von Bedeutung ist. Nicht nur, um innovative Ideen reifen zu lassen, weiterzuentwickeln und um Gründungs- und Wachstumspotenziale zu nutzen, sondern auch, um in Krisenzeiten den Fortbestand zu sichern. Zudem dürfen Innovationsbereitschaft, Kreativität und Wachstumsimpulse nicht an fehlenden Mitteln und mangelnden Anreizen scheitern. Dafür wird die IHK das Angebot am Markt analysieren, Lücken in der Bedarfsdeckung für Berliner Unternehmen identifizieren und gemeinsam mit potenziellen privaten und öffentlichen Kapitalgebern an Lösungen arbeiten. Gegenüber Fördermittelgebern vertritt die IHK Berlin die Interessen ihrer Mitglieder.

Für die IHK Berlin ist entscheidend, dass Förderung und Finanzierung grundsätzlich an der Gesamtentwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin ausgerichtet sind. Durch verschiedenste Aktivitäten setzt sich die IHK Berlin dafür ein, Schaden von der Berliner Wirtschaft im Zuge der Corona-Pandemie abzuwenden. Dauerhafte Subventionen und eine Förderung mit der Gießkanne müssen vermieden werden. Wir wollen, dass allen Unternehmen mit einem optimalen Angebot, einem leichten Zugang und transparenten Verfahren der kürzeste Weg zur passenden Finanzierung offensteht.

Maßnahmen

- Berliner Wirtschaft durch Stellungnahmen gegenüber Fördermittelgebern unterstützen.
- Gezielte Informationsbereitstellung zu Finanzierung und Förderung (Gespräche, Veranstaltungen, Internet, FinFin etc.).
- Rahmenbedingungen für Finanzierung und Förderung durch Stellungnahmen und Gremienarbeit im Interesse der Berliner Unternehmen mitgestalten.
- Finanzierungsbedingungen für Berliner Unternehmen untersuchen und ggf. Maßnahmen und Forderungen für die Politik ableiten, im Jahr 2021 insbesondere die Hilfs- und Förderkulisse im Zuge der Corona-Krise bedarfsgerecht mitgestalten und einfordern.
- Über vielfältige IHK-Kanäle den Mitgliedern alle relevanten und aktuellen Informationen zu gesetzlichen Regelungen sowie zu finanziellen Hilfsprogrammen zur Verfügung stellen. Zusätzlich allgemeine Informationsveranstaltungen aufrecht erhalten wie aber auch Einzelberatungsangebote weiterhin ermöglichen.



Ziel: Das Leitbild Ehrbarer Kaufleute, die Wahrung von Anstand und Sitte sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung dient Berliner Unternehmen als Vorbild

Unternehmerisches Engagement im Nachhaltigkeitsbereich ist ein Wachstumstreiber und bietet Handlungsspielräume, um auf gesellschaftliche und politische Anforderungen zu reagieren. Das Engagement kann dabei im Rahmen einer CSR-Strategie als Managementmethode erfolgen oder im Selbstverständnis „Ehrbarer Kaufleute“ von der Unternehmerpersönlichkeit getragen werden. Unternehmerisches Engagement bietet in beiden Fällen vielfältige Möglichkeiten, um sich am Markt abzugrenzen, Wettbewerbsvorteile zu verschaffen oder das Image des eigenen Unternehmens sowie der Wirtschaft insgesamt überzeugend zu verbessern.

Die gesellschaftlichen Anforderungen an Wirtschaft verschieben sich aktuell massiv. Neben der CSR-Sprecherin und der personellen Verankerung des CSR-Themas im Präsidium trägt die IHK auch mit einem neu gegründetem „Netzwerk Unternehmensverantwortung“ der hohen Bedeutung des Themas Rechnung.

Maßnahmen

- Das Leitbild der Ehrbaren Kaufleute intern und extern umsetzen und dessen Akzeptanz in der Berliner Unternehmerschaft erhöhen. Förderung und Stärkung nachhaltigen Wirtschaftens in Berliner Unternehmen durch die Vernetzung der Akteure und das Aufzeigen von Best-Practices.
- Verbesserung des gesellschaftlichen Ansehens der Berliner Wirtschaft, im Jahr 2021 insbesondere durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit unter Einbindung von Testimonials zu sozialem und ökologischem Unternehmensengagement und Ausweitung des neu gegründeten Netzwerks Unternehmensverantwortung.
- Gewerbeuntersagungsverfahren rechtssicher durchführen.
- Verfahren der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen rechtssicher durchführen.
- Weiterentwicklung des Sachverständigenwesens
- Qualifizierte Benennungen gegenüber Gerichten, Verwaltung und Wirtschaft.
- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, damit sich unsere Mitglieder wettbewerbskonform verhalten können.

Infrastruktur und Stadtentwicklung

Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich

Vorgaben der Stadtplanung und Stadtentwicklung wirken sich oft direkt oder indirekt auf die Möglichkeiten von Unternehmen aus, sich an Standorten anzusiedeln oder zu verändern. Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange vertreten und für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. Das wird vor dem Hintergrund einer prosperierenden Stadt immer wichtiger, denn der prognostizierte Bedarf an neuem Wohnraum ver-



schärft den Wettbewerb um Flächen in der Stadt. Daraus erwachsene Nutzungskonflikte können zu einer Verdrängung historisch gewachsener Gewerbe- und Industriestandorte führen.

Die IHK Berlin setzt sich für eine möglichst konfliktfreie Sicherung und Steuerung des Bestandschutzes, der Entwicklungsmöglichkeiten und Neuansiedlungen von Unternehmen in ganz Berlin ein. Voraussetzung hierfür ist ein nachhaltiges und ausgewogenes Flächenmonitoring und -management. Um unternehmerische Investitionsentscheidungen in Berlin zu sichern, müssen positive Standortbedingungen (weiter-)entwickelt werden. Die IHK Berlin fordert daher ein verlässliches, transparentes und verkürztes Verwaltungshandeln, inklusive eines wirtschaftsfreundlichen Denkmalschutzes ein. Hierfür sollen geeignete Partizipationsprozesse die frühzeitige Einbeziehung der Wirtschaft in relevante Planungsprozesse und Förderentscheidungen ermöglichen. Die IHK Berlin tritt für die wirtschaftsfreundliche Verwendung von Städtebauförderung und die Förderung öffentlich-privater Kooperationen ein.

Maßnahmen

- Gesamtinteresse der Wirtschaft bei der Umsetzung des StEP Wirtschaft sowie bei Initiativen zu Gewerbemieten vertreten, in 2021 u.a. mit der Unterbreitung von Entlastungsvorschlägen für Gewerbemieten und Gewerbeflächen.

Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Verkehrsinfrastruktur

Zuzug und Wirtschaftswachstum bedeuten in den nächsten Jahren steigende Nachfrage nach Wohnraum und Verkehr. Dies bedarf zügig und realistisch geplanter Lösungen im Hochbau (z.B. Wohnungen) und im Tiefbau (z.B. Straßen, Brücken und Schienenverbindungen).

Die IHK Berlin wird durch Veranstaltungen, Positionspapiere in Gremien und weiterer politischer Lobbyarbeit die Umsetzung regionaler, überregionaler und internationaler Verkehrsprojekte im Personennah- und Fahrradverkehr, im Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz sowie beim Ausbau des Flughafenstandortes vorantreiben und sich für die Qualifizierung der Verkehrsorganisation einsetzen. Bei der Entwicklung des Tourismusstandortes, bestehender und neuer Wohnquartiere sowie stadtprägender Standorte wird sich die IHK Berlin für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten wird sich die IHK Berlin in grenzüberschreitenden Standortkooperationen engagieren, um die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Verkehrsprojekten zu verbessern.

Der Tourismus ist eine Schlüsselbranche für Berlin, denn sie vereint im Querschnitt eine Vielzahl von Unternehmen. Die Branche unterliegt einem ständigen Wandel, daher setzt sich die IHK Berlin dafür ein, neue und passgenaue Lösungen für die Stadt zu entwickeln, unerwarteten Einflussfaktoren entgegenzuwirken, Wachstum weiter voranzutreiben und Existenzen nachhaltig zu sichern.



Maßnahmen

- Durch die Darstellung von Problembespielen aus der Praxis auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit die Interessen der Wirtschaft für notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Schlaglöcher, Wasserstraßen) vertreten.
- Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei der Definition der künftigen Vorrangnetze des Kfz-Verkehrs, des ÖPNV und des Radverkehrs sowie bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Mobilität & Verkehr und des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzeptes vertreten.
- Von öffentlichen Baumaßnahmen betroffene Unternehmen beraten und durch Interessenvertretung im Fonds für Räumungsbetroffene finanziell unterstützen.
- Durch Aufbau eines „Amtlichen Verzeichnisses für präqualifizierte Unternehmen aus dem Liefer- und Dienstleistungsbereich“ die Beteiligung für Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen erleichtern.
- Die Integration des Wirtschaftsverkehrs in das Mobilitätsgesetz weiterhin kritisch begleiten und über die Umsetzung Unternehmen aller Branchen informieren.

Ziel: Berlin hat profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, Gewerbe- sowie Industriestandorte mit ausreichendem Handlungsspielraum

Investitionsentscheidungen werden in Industrieunternehmen häufig in einem klar festgelegten Zeitraum getroffen. Daher erwarten Investoren eine zügige Umsetzungsmöglichkeit ihrer Pläne und langfristige Planungssicherheit hinsichtlich der Standortentwicklung und Erreichbarkeit für den Personen- und Güterverkehr.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die wichtigsten Industrie- und Gewerbeflächen profiliert und dazu konkrete Handlungsbedarfe identifiziert werden. Dabei sollen vor allem Standorte entwickelt werden, an denen Wirtschaft und Wissenschaft Synergien nutzen. Der Blick richtet sich gezielt auf die Anforderungen einzelner Branchen und deren Bedarfe.

Um das Wachstum auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur zu meistern, müssen hier Kapazitäten effizienter genutzt und bei Bedarf erweitert werden. Für eine gute Erreichbarkeit der Industrie- und Gewerbeflächen müssen gemeinsam mit den Unternehmen und Standorten gesamtstädtische und mit Brandenburg abgestimmte Konzepte entwickelt werden.

Maßnahmen

- Vorschläge für wirtschaftsfreundliches Baunebenrecht sowie zur Beschleunigung des Wohnungsbaus (z.B. beim kooperativen Baulandmodell, der Vergabe öffentlicher Flächen, der Mietpreisbremse und zu Abstandsflächen) erarbeiten.
- Übertragbare Beispiele für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zentren und Stadtquartiere initiieren und deren Umsetzung begleiten (z.B. durch den PPP-Wettbewerb Mittendrn Berlin).



Haushalt und Wettbewerb

Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt

Die Corona-Krise hat gezeigt: Ein gesunder öffentlicher Haushalt ist die Basis für einen erfolgreichen und attraktiven Wirtschaftsstandort Berlin. Insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Not sind solide Finanzen die Grundlage für Hilfsangebote. Zudem ermöglichen liquide öffentliche Haushalte notwendige Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung, versetzen das Land in die Lage, seine Aufgaben zu finanzieren und damit zu erfüllen und schaffen wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsspielräume.

Die Aufstellung eines ausgeglichenen Landshaushaltes sollte aus Sicht der Berliner Wirtschaft der finanzpolitische Leitsatz in der Haushaltspolitik sein. Die Einhaltung der Schuldenbremse sollte nach der Corona-Krise das nächste Ziel sein, um die Resilienz der öffentlichen Finanzen zu erhalten.

Insbesondere bestimmend durch die aktuelle Krise tritt die IHK Berlin gegenüber der Berliner Politik für das Festhalten am Jahrzehnt der Investitionen ein. Dazu muss sich Berlins Investitionsquote rasch dem bundesdeutschen Durchschnitt annähern. Dafür überzeugt die IHK Berlin in Gesprächen mit Politik und Verwaltung mit finanzpolitischen Argumenten. Sie zeigt Konsequenzen einer verfehlten, beispielsweise auf kurzfristigen Konsum ausgelegten Ausgabenpolitik auf und unterbreitet eigene Vorschläge zur Beschleunigung von Investitionsvorhaben.

Der ohnehin schon hohe Schuldenstand Berlins wird durch die Ausgaben im Zuge der Corona-Krise weiter steigen. Er belastet gegenwärtig und zukünftig den Landshaushalt. Die IHK Berlin unterstützt den Berliner Senat in den Bestrebungen, den Schuldenstand des Landes zu reduzieren. Sie ist kritischer Mahner bei unzureichender Schuldentilgung und macht sich für die Einhaltung der Schuldenbremse stark.

Maßnahmen

- Nachhaltige Investitionspolitik des Landes einfordern, im Jahr 2021 unter anderem durch die Begleitung der Verausgabung der bereit gestellten Investitionsmittel unter anderem durch eine wirtschaftsfreundliche Vergabepolitik, die das Vergaberecht nicht mit auftragsfernen Kriterien überfrachtet, sondern Innovationen fördert.
- Die Haushaltspolitik des Landes kritisch begleiten, im Jahr 2021 insbesondere durch die Analyse der Auswirkungen der Corona-Krise auf die öffentlichen Haushalte und Rückkehr auf den Pfad resilienter öffentlicher Finanzen im Rahmen der Schuldenbremse.

Ziel: Vereinfachung des Steuerrechts und Verhinderung von Steuererhöhungen entlasten die Unternehmen

Für die Sicherung von Staatseinnahmen und einer zukunftsorientierten Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand ist eine clevere Steuer- und Abgabepolitik entscheidend. Die IHK Berlin setzt sich für eine Steuer- und Abgabepolitik ein, die die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft berücksichtigt. Die Einführung neuer oder die Erhöhung vorhandener Steuern oder Abgaben sind an diesem Maßstab zu messen und auszurichten.



In Gesprächen mit Politik und Verwaltung stellt sich die IHK Berlin dabei nicht nur gegen unnötige Steuer- und Abgabentatbestände, sondern tritt auch für ein einfaches, rechtssicheres und wirtschaftsfreundliches Steuer- und Abgabenrecht ein. Dazu unterbreitet die IHK Berlin nicht nur Vereinfachungsvorschläge auf regionaler Ebene, sondern wirkt über den DIHK auch an bundespolitischen Steuergesetzen mit. Gerade die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft bildet hierfür die Richtschnur des Handelns.

Maßnahmen

- Steuerpolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen, im Jahr 2021 insbesondere durch die Überprüfung sämtlicher steuerpolitischer Initiativen auf ihre Wirkung auf den erfolgreichen Restart der Berliner Wirtschaft nach der Corona-Krise.

Ziel: Die unternehmerische Freiheit wächst wieder

In Krisenzeiten kommt es auf den Staat als handlungsfähigen Akteur an. Anders als die Kritiker meinen, deckt die Corona-Krise nicht Fehler der sozialen Marktwirtschaft auf, sondern zeigt deren Stärke. Nach Jahren des Aufschwungs hat der Staat derzeit die Finanzkraft, gegenzusteuern und großdimensionierte Rettungspakete für die Wirtschaft zu schnüren. Das soziale Netz ist stabil, die Kassen der Bundesagentur für Arbeit sind gut gefüllt, um mit Kurzarbeitergeld mögliche Massenentlassungen zu vermeiden. Der staatliche Eingriff, einhergehend mit massiver Verschuldung, hat das Ziel, einen dauerhaften Schaden für Wirtschaft und Wohlstand abzuwehren und Unternehmen, die unverschuldet in die Krise geraten, zu unterstützen.

Die Krise zeigt: nicht nur der Staat funktioniert, sondern auch das Wirtschaftssystem ist resilient. Viele Unternehmen reagieren agil auf die Krise, steigen ein in die Produktion von medizinischem Gerät, Brauereien stellen Reinigungsalkohol her und verschenken ihn als Desinfektionsmittel an Krankenhäuser, Textilunternehmen schalten von Mode auf Mundschutz um. Hier zeigt sich nicht nur Flexibilität und Leistungsfähigkeit privater Unternehmen, sondern auch gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein.

Der faire und freie Wettbewerb ist das zentrale Gestaltungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft. Er fördert Innovationen und Produktivitätssteigerungen, setzt die richtigen Anreize und verbessert die Konsumentenversorgung. Wettbewerb ist Voraussetzung für die Selbstregulierungskräfte des Marktes. Aufgabe des Staates ist es, den Wettbewerb durch eine funktionierende Wettbewerbsordnung zu gewährleisten. Rechtliche Einschränkungen sind nur dort erforderlich, wo die Selbstregulierung des Marktes nicht greift, der Markt versagt oder Gefahren für die Marktteilnehmer drohen. Damit die unternehmerische Freiheit wieder wächst, wird die IHK Berlin überflüssigen Markteingriffen entgegenzutreten und sich für wirtschaftsfreundliche Regulierungen und deren effektiven Vollzug einsetzen.

Aufgabe der Unternehmen ist es, den Wettbewerbsrahmen fair auszufüllen. Gesetzliche Einschränkungen sind überflüssig, wenn sich Unternehmen auch ohne sie anständig verhalten und die Spielregeln beachten. Die IHK Berlin unterstützt Unternehmen dabei, sich wettbewerbskonform zu verhalten und Konflikte mit Wettbewerbern fair zu lösen. Deshalb berät sie zu Rechts- und Steuerfra-



gen, macht Angebote zur außergerichtlichen Streitbeilegung und stellt mit ihren öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen hochwertige Expertise zur Klärung von strittigen Sachfragen bereit. Gleichzeitig setzt sich die IHK Berlin für den Rechts- und Gerichtsstandort Deutschland ein.

Der Staat sollte grundsätzlich selbst kein Marktteilnehmer sein und sich nicht am Wettbewerb beteiligen. Die IHK Berlin wendet sich deshalb gegen Enteignungen und Verstaatlichungen. Gleichwohl ist der Staat in vielen Bereichen, beispielsweise in der Energiewirtschaft, in der Abfallwirtschaft oder im öffentlichen Personennahverkehr, in Konkurrenz zu privaten Unternehmen tätig. Die IHK Berlin setzt sich für mehr Wettbewerb und faire Spielregeln zwischen dem staatlichen und privaten Sektor ein.

Maßnahmen

- Rechtspolitische Rahmensetzung durch die EU, den Bund und das Land Berlin verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen.
- Unternehmerische Freiheit in Berlin stärken, im Jahr 2021 insbesondere Enteignungen für von Unternehmen weiter verhindern und mit einer starken Stimme für die soziale Marktwirtschaft und die Sichtbarkeit von (insbesondere von kleinen und mittleren) Unternehmen in dieser Stadt eintreten.

Standortfaktor Verwaltung

Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt

Die Berliner Verwaltung war und ist nicht auf Krise eingestellt – das hat die mangelnde technische Ausstattung der Mitarbeitenden in der Berliner Verwaltung für die Arbeit z.B. im Homeoffice gezeigt. Dabei hätte eine digitale Verwaltung gerade in Krisenzeiten die Berliner Unternehmen auf dem Weg aus der Krise mit guten Services oder weniger Bürokratie als eine Art „Konjunkturprogramm“ zur Seite stehen können.

Wertschöpfung am Standort Berlin darf nicht durch ineffiziente Strukturen und analoge Prozesse in der Verwaltung behindert werden. Wir wollen erreichen, dass allen Unternehmen – durch eine optimale Angebotsstruktur sowie transparente und digitale Verfahren – der kürzeste Weg zur Berliner Verwaltung offensteht. Die Berliner Verwaltung muss ein echter Servicedienstleister für die Stadt werden. Der „Zukunftspakt Verwaltung“ war ein wichtiger erster Schritt, dem im Wahljahr 2021 weitere mutige Reformen folgen müssen und auch Änderungen an der Berliner Verfassung im Sinne einer zukunftsfähigen Berliner Verwaltung kein Tabu sein dürfen. Die Debatte dazu ist insbesondere auch von Verantwortlichen im Senat und den Berliner Bezirken eröffnet worden und muss Eingang in den kommenden Koalitionsvertrag finden, um nicht eine weitere Legislatur ohne strukturelle Reformen in der Berliner Verwaltung verstreichen zu lassen.

Dafür bedarf es einheitliches Verwaltungshandeln und eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen sowie verbindliche Zielvereinbarungen zwischen Senat und Bezirken, die mit wirkungsvollen Anreiz- und Sanktionsmechanismen ausgestattet sind.



Zudem muss ein zukunftsorientiertes Personalmanagement eingeführt werden, um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein. Unternehmen benötigen Ansprechpartner in den Berliner Ämtern, die sich nicht in erster Linie als Behördenvertreter, sondern vielmehr als fachlich qualifizierte Dienstleister verstehen. Dieses Fachpersonal gewinnt man jedoch nur, wenn die Berliner Verwaltung durch flexiblere Zugangsvoraussetzungen, unkompliziertere Laufbahnwechsel, modernere Arbeitsräume und Technik die Arbeitgeberattraktivität deutlich ausbaut.

Zudem braucht es eine moderne Verwaltungsinfrastruktur. Die Nutzung moderner Kommunikations- und Informationstechnik unabhängig von Ort und Öffnungszeiten der Behörden stellt für die Unternehmen nicht nur in Pandemiezeiten einen erheblichen Mehrwert dar. So bietet etwa die Digitalisierung von Prozessen, um Behördengänge elektronisch abzuwickeln, enorme Entlastungsmöglichkeiten.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass Unternehmen effiziente Strukturen in der Berliner Verwaltung vorfinden. Dafür ermittelt sie auf Basis einer Vielzahl von Unternehmensbeispielen Schwachstellen im Verwaltungsaufbau und erarbeitet entsprechende Lösungsvorschläge. Die IHK Berlin macht sich für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen stark.

Die Umsetzung des „Zukunftspakts Verwaltung“, der Digitalisierungsstrategie, der Open-Data-Rechtsverordnung sowie des Berliner E-Government-Gesetzes muss konsequent erfolgen – genauso wie die flächendeckende Einführung bekannter und doch bislang verzögerter Projekte, wie z.B. Serviceportal und E-Akte.

Maßnahmen

- Anknüpfend an die Ergebnisse aus dem „Zukunftspakt Verwaltung“ für eine Governance-Struktur eintreten, die z.B. Verwaltungsmodernisierung, Smart City-Strategie und Digitalstrategie Berlin aus einem Haus und mit zentralen Verantwortlichkeiten in der Senatskanzlei stärkt und überflüssige Strukturveränderungen in einem „Zukunftspakt 2.0“ umsetzt (wie z.B. flächendeckende Zielvereinbarungen, SLAs für Verwaltungsdienstleistungen für die Wirtschaft und Verbesserungen in der praktizierten Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen).
- Gemeinsam mit dem Ehrenamt die Politik antreiben und unterstützen, ein digitales Bürgeramt „auf der grünen Wiese“ zu pilotieren, um die für die Wirtschaft wichtigsten Fachverfahren von A-Z zu digitalisieren.
- Digitale Modernisierung der Berliner Verwaltung adressieren, sowie die Aufnahme in entsprechende Programmatik (z.B. Berliner E-Government-Strategie, Modernisierungsprogramme) vorantreiben.
- Personalpolitik und -management des Senats mit innovativen Vorschlägen zu relevanten Themen, wie z.B. strategische Personalplanung und -steuerung, Servicequalität, Know-How-Transfer oder bei der innovativen Vergabe begleiten.



Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt

Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion

Die Unternehmen der wachsenden Stadt Berlin haben einen stetig steigenden Bedarf an beruflich qualifizierten Fachkräften. Dieser wird sich trotz der Krise bis 2030 noch deutlich verschärfen. Als eines der wichtigsten Mittel zur frühzeitigen Fachkräftesicherung wird daher auch die duale Ausbildung einen immer größeren Stellenwert einnehmen. Dies spiegelt sich bereits jetzt in der jährlich wachsenden Nachfrage nach Auszubildenden wider. Immer mehr Ausbildungsstellen bleiben allerdings unbesetzt. Die Corona-Krise hat den Ausbildungsmarkt „unter Druck“ gesetzt, dennoch hat die Berliner Wirtschaft – insbesondere außerhalb der von Unternehmen, die in den Lockdowns schließen mussten – in der Breite an ihrem Ausbildungsengagement festgehalten. Die Arbeit der Jugendberufsagentur stand in dieser Krisenzeit unter besonderen Herausforderungen. Die Struktur und Vermittlungserfolge sind gemeinsam zu evaluieren. Der Ausbildungsmarkt muss aus der Krise lernen. Die IHK Berlin wird diese Debatte zu einem „Ausbildungsmarkt der Zukunft“ im Wahljahr 2021 anstoßen.

Noch immer gilt: Eine zunehmende Anzahl junger Menschen passt nicht auf die ausgeschriebenen Stellen, entscheidet sich bewusst für den Erwerb eines höheren schulischen Abschlusses, für einen Bildungsgang des Berliner Übergangssystems oder den Weg ins Studium.

Gegenüber Politik und Verwaltung setzt sich die IHK Berlin daher für eine gute und zukunftsfähige Bildungspolitik sowie die Schaffung der richtigen Weichenstellung in der Schule und am Übergang in den Beruf ein.

Die IHK Berlin engagiert sich außerdem dafür, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern und die vorhandenen Angebote aller Partner für Jugendliche und Unternehmen zu bündeln und übersichtlich darzustellen. Sie wirbt bei Betrieben und potenziellen Bewerbern für die berufliche Ausbildung und wirkt durch Marketingmaßnahmen und politische Interessenvertretung auf eine positivere Wahrnehmung der Ausbildung in der Gesellschaft hin. Sie begleitet Ausbildungsunternehmen aktiv und berät zu aktuellen Trends, beispielsweise dem mobilen Arbeiten in der Ausbildung. Sie entwickelt und bewirbt Angebote, die die berufliche Ausbildung für Teilzielgruppen attraktiver machen. Sie unterstützt Betriebe bei deren eigenem Ausbildungsmarketing und verhilft Ihnen, z.B. durch die Auszeichnung besonderer Leistungen, zu mehr Aufmerksamkeit unter potenziellen Bewerbern.

Für die Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben setzt sie sich hohe Qualitätsstandards und trägt durch kompetente Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sowie professionell durchgeführte Prüfungen zum positiven Image der Ausbildung bei. Sie engagiert sich dabei als Treiber für innovative digitale Prüfungsformate. Dabei stehen die Stärkung und die Wertschätzung des Prüferehrenamtes im Fokus. Gleichzeitig macht sie sich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben und ihren dualen Partnern, den Berufsschulen, stark.



Maßnahmen

- Maßnahmen zur Imageverbesserung der dualen Ausbildung erarbeiten, Azubimarketing durchführen.
- Qualität der Ausbildung sichern und heben.
- Eine gute (Berufs-) und Bildungspolitik einfordern und die Interessen der Ausbildungsbetriebe in die Gremien des Landes Berlin (Landesausschuss für Berufliche Bildung, Sonderkommission „Ausbildungsplatzsituation“ etc.) einbringen, im Jahr 2021 weiterhin die Novellierung des Landeskonzepts für Berufs- und Studienorientierung, und die Erarbeitung der „Berliner Vereinbarung 2021-25“ und die „Qualitätsoffensive Praktika“ begleiten und aktiv mitgestalten.
- Auszubildende zum Thema Ausbildung beraten und betreuen
- Unternehmen zum Thema Ausbildung und zur Erhöhung ihres Ausbildungsengagements beraten und betreuen und neue Unternehmen gezielt beim Einstieg in die Ausbildung unterstützen
- Netzwerk- und Informationsveranstaltungen zu neuen Ausbildungsordnungen oder aktuellen Fragen, beispielsweise rund um das mobile Arbeiten, durchführen.
- Ausbildungsverträge prüfen und registrieren.
- Ausbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig und serviceorientiert durchführen, u. a. durch den Ausbau der digitalen Prüfungsinfrastruktur und -abwicklung und Pilotierung innovativer Prüfungsformate.
 - „Übergangssystem“ reformieren: für eine Überführung in ein übersichtliches, konsistentes Gesamtsystem eintreten, betriebsintegrierte Brücken in duale Ausbildung stärken, sowie auf ein „Verfallsdatum“ für Ersatzmaßnahmen, die in der Krise aufgebaut wurden (z.B. vollzeitschulische Bildungsgänge) hinwirken und diese unter Einbezug der Wirtschaft neu ausrichten
- Übergangssystem reformieren: Auch weiterhin mit Nachdruck betriebsintegrierte Brücken in duale Ausbildung stärken sowie vollzeitschulische Bildungsgänge reduzieren und unter Einbezug der Wirtschaft neu ausrichten.
- Netzwerk Haus der kleinen Forscher ausbauen, dafür einsetzen, dass in den allgemeinbildenden Schulen die notwendigen Ressourcen für gute MINT-Bildung auch zukünftig zur Verfügung stehen.
- Projekte und Aktionen zur Stärkung der Berufsorientierung, wie den Talente Check und den Showroom für duale Ausbildung durchführen.
- Arbeit der Jugendberufsagentur fortlaufend begleiten und evaluieren und auf die Umsetzung der bildungspolitischen Zielsetzung – effektive Schnittstelle am Übergang von der Schule in den Beruf zu sein – im Austausch mit den beteiligten Partnern hinwirken.
- Matching zwischen Unternehmen und potenziellen Auszubildenden fördern und unterstützen.



Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung

Der Fachkräftemangel ist in vielen Betrieben bereits Realität und stellt, auch im Kontext der Corona-Krise und der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt, eine der größten Herausforderungen für Unternehmen dar: Ausbildungsplätze bleiben länger unbesetzt und spezialisierte Fachkräfte sind zunehmend schwer zu finden. Für eine zukunftsfähige Personalpolitik ist daher der unternehmerische Weitblick unabdingbar, der sowohl die Personalentwicklung im eigenen Unternehmen, als auch die Entwicklung des Fachkräftemarktes verfolgt. Unternehmen profitieren also davon, wenn sie ihren Fachkräftebedarf heute und in Zukunft verlässlich einschätzen können. Um für diesen Bedarf Fachkräfte zu gewinnen und an sich zu binden, müssen sich Unternehmen als gute und mitarbeiterorientierte Arbeitgeber positionieren.

Dafür wird die IHK Berlin gezielt Informationen und Angebote bereitstellen, insbesondere den IHK-Fachkräftemonitor und den IHK-Demografierechner. Zudem initiiert die IHK Berlin die übergreifende Website www.ausbildung.berlin als zentrale Informationsquelle und Metasuchmaschine über alle angebotenen Ausbildungsplätze in Berlin. In Veranstaltungen und Publikationen werden Teilaspekte der Fachkräftesicherung insbesondere für den Mittelstand thematisiert und dargestellt. Gute Lösungen und Praxisbeispiele machen wir öffentlich und zeichnen diese aus. Gegenüber der Politik tritt die IHK Berlin für adäquate Rahmenbedingungen ein, die die Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft ermöglichen und fördern. Um Fachkräften und Jungunternehmern einen niedrighschweligen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, bieten wir jährlich rund 80 Sach- und Fachkundeprüfungen sowie 250 Unterrichtungen praxisnah und rechtssicher an. Wir führen ca. 300 Erlaubnis- und Registrierungsverfahren unbürokratisch und rechtssicher durch. Die IHK Berlin wird bei ihrem Leistungsangebot und hoheitlichen Aufgaben weitestgehend digitale Verfahren nutzen.

Maßnahmen

- Das Angebot an möglichen Teilqualifikationen weiter ausbauen und etablieren.
- Alle Sach- und Fachkundeprüfungen modern, kundenfreundlich und rechtssicher durchführen.
- Alle Unterrichtungen bedarfsgerecht, kundenfreundlich und rechtssicher gestalten.
- Alle Erlaubniserteilungen rechtssicher durchführen und Fachkompetenz regelmäßig überprüfen.
- Alle Registrierungsverfahren modern, zügig und rechtssicher durchführen.
- Alle Anerkennungsverfahren rechtssicher durchführen.
- Ausstellen von (Ersatz-)Bescheinigungen, Umschreibungen, Stellungnahmen etc. rechtssicher durchführen.
- Unternehmen bei der Integration ausländischer Fachkräfte beispielsweise durch Angebote des Business Welcome Service sowie der Anerkennungsberatung unterstützen sowie für geeignete Rahmenbedingungen gegenüber der Politik eintreten.

Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich

Bis zum Wirtschaftseinbruch durch die Pandemie profilierte sich der Berliner Arbeitsmarkt als Jobgenerator und zeichnete sich dabei insbesondere durch einen beachtlichen Aufbau sozialversiche-



rungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse aus. Unbefriedigend bleiben jedoch die im Bundesländervergleich nach wie vor hohen Quoten bei der Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit. Diese Herausforderungen verschärfen sich weiter durch die Auswirkungen der Corona-Krise. Daher gilt es, durch gezielte Maßnahmen der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sowie die Integration von Langzeitarbeitslosen, Personen mit Migrationshintergrund und Asylsuchende in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu fördern. Ebenso müssen für ein nachhaltiges Beschäftigungswachstum Lösungen für die Herausforderungen der Post-Corona-Zeit gefunden werden: So fällt der BER als Beschäftigungsmotor vorerst aus und in den „Gewinner-Branchen“ der Pandemie, wie z.B. IKT oder der Gesundheitswirtschaft verschärft sich ein eklatanter Fachkräftemangel.

Die IHK Berlin analysiert, interpretiert und veröffentlicht regelmäßig Auswertungen zur Arbeitsmarktsituation Berlins. Auf dieser Grundlage formuliert sie Handlungsempfehlungen, um den Aufbau regulärer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu stärken und Schwarzarbeit zurück zu drängen. Dies erfolgt in engem Austausch mit den Sozialpartnern. Ein Einfließen dieser Vorschläge in entsprechende Programme und Standpunkte des Senats, der Bundesagentur für Arbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Akteure ist der Anspruch der IHK Berlin.

Maßnahmen

- Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit Handlungsempfehlungen zur wirtschaftsfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes formulieren, adressieren und für Aufnahme in die entsprechenden Programme sorgen, auch im Jahr 2021 insbesondere durch den Re-Start des Berliner Arbeitsmarktes in den krisenbetroffenen Branchen, die Verhinderung von Insolvenzen, Weiterbildung während Kurzarbeit und Services von Unternehmen zur Krisenbewältigung. Beschäftigungspotenziale in Innovationsbranchen identifizieren und Vorschläge unterbreiten, wie Politik und Verwaltung die Wirtschaft dabei unterstützen kann, dort zusätzlich digitalisierungs- und automatisierungsfeste Arbeitsplätze zu schaffen.
- Die IHK Berlin berät die Berliner Jobcenter aus Sicht der Wirtschaft bei ihrer Arbeit und der Verwendung von finanziellen Mitteln für Eingliederung und Weiterbildung.

Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument

Berufliche Erstausbildung ist für Berliner Unternehmen nach wie vor der Königsweg zur Fachkräftesicherung. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten bei der Besetzung angebotener Ausbildungsplätze gilt es jetzt, gute Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung zu setzen, u. a. durch ein Berliner Weiterbildungsgesetz, damit mehr Weiterbildungsbewusstsein und eine echte Weiterbildungskultur entstehen. Das kann nur gelingen, wenn den festgestellten Weiterbildungsbedarfen der Unternehmen passgenaue und qualitativ hochwertige Angebote gegenüberstehen.

Die IHK Berlin setzt sich für einen freien und vielfältigen Weiterbildungsmarkt ein. Sie berät Unternehmen kompetent und neutral zu den Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung. Im Bereich der höheren Berufsbildung führt sie hoheitliche Prüfungen durch, die Unternehmen und Fachkräften



einen standardisierten und bundesweit anerkannten Rahmen für Kompetenzentwicklung bietet. Unter Einbindung des Ehrenamtes stellt sie qualitativ einwandfreie und rechtskonforme Prüfungen auf hohem Niveau sicher und trägt damit direkt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Berliner Wirtschaft bei.

Darüber hinaus beobachtet und analysiert sie den Markt, greift Markttrends auf und bietet qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote an, die konsequent am Bedarf der Berliner Unternehmen ausgerichtet sind.

Maßnahmen

- Qualifizierungsberatung für Unternehmen anbieten.
- Lehrgänge zur Prüfungsvorbereitung auf IHK Abschlüsse durchführen.
- Lehrgänge mit IHK Zertifikat durchführen.
- Weiterbildungsseminare und Online-Weiterbildungsangebote durchführen.
- Firmentrainings durchführen.
- Neuentwicklung von Weiterbildungsformaten (Lehrgänge & Seminare), dabei ausgewählte Lehrgangsangebote als blended Learning Format pilotieren.
- Qualität der Dozentenleistung für Weiterbildungsangebote sicherstellen.
- Weiterbildung als Aufstiegsmöglichkeit fördern (Förderung bester Ausbildungsabsolventen unterstützen).
- Weiterbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig & serviceorientiert durchführen.

Innovation, Technologie und Wissenschaft

Ziel: Berlin wird zur Modellstadt für die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren.

Für fast drei Viertel der Berliner Unternehmen ist die Digitalisierung von großer oder zentraler Bedeutung für den Geschäftserfolg und damit für die Zukunftsfähigkeit des Standorts und die Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle der Berliner Wirtschaft. Die Digitalisierung ist der Megatrend, der seinen Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft immer stärker zur Geltung bringt. Darüber hinaus sind digitale Technologien und Konzepte als wesentlicher Treiber für eine smarte Stadtentwicklung zu berücksichtigen und nutzerzentriert einzusetzen. Innovationen entstehen im 21. Jahrhundert nicht mehr im Verborgenen, sondern erfordern ein Netzwerk an Kooperationspartnern, die ihr Wissen für ein gemeinsames Ziel effizient bündeln.

Die IHK Berlin wird die strategische Weiterentwicklung Berlins zur Digitalhauptstadt bedarfsgerecht und im engen Schulterschluss von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik begleiten. Um diesen Weg erfolgreich zu gestalten, setzt sie sich u.a. für den zügigen Auf- und Ausbau leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen, einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Beschaffungspraxis und die Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers in der Hauptstadt ein. Zudem ist die Realisierung

von Leuchtturmprojekten und Best Practices im Stadtgebiet, die Berlin als Referenzstandort für Innovationen und Zukunftstechnologien international sichtbar machen und den Unternehmen das Etablieren neuer Produkte und Services am Markt erleichtern, erforderlich. Um die Zukunft in der Hauptstadt zu gestalten, wird die IHK Berlin von der Landespolitik Mut, Innovationsgeist und Verantwortungsbewusstsein konsequent einfordern.

Die IHK Berlin engagiert sich dafür, dass das Land Berlin und seine Beteiligungsgesellschaften die Anwendung von Smart Solutions in Stadtentwicklungsprozessen verfolgen.

Maßnahmen

- Den Wissenschaftsstandort Berlin und eine Vernetzung mit den Akteuren stärken.
- Darauf hinwirken, dass in den Hochschulverträgen, die ab 2021 verhandelt werden, mehr Transferanreize gesetzt werden, z.B. durch Vizepräsidenten für Transfer in den Hochschulen, Transfersemester für Professoren und Transferscouts in den Transferstellen der Hochschulen.
- Für einen strategischen politischen Handlungsrahmen für Wissens- und Technologietransfer eintreten, um den Transfer als ein Innovationsinstrument strategisch zu steuern, Ziele, Strukturen und Verantwortlichkeiten eindeutig zu benennen und Erfolge zu messen.
- Die Stärken des Berliner Wissenschaftsstandortes und ihrer Akteure nutzen und messbare Erfolge beim Transfer in die Wirtschaft erreichen. Dabei den Wissens- und Technologietransfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft durch eigene IHK-Formate (z.B. gemeinsam mit dem IFAF oder Hochschulen) unterstützen und in Berlin gemeinsam mit den Akteuren darauf hinwirken, dass insbesondere KMU von den Standortstärken profitieren und die Exzellenz der Wissenschaft in Produkten und Dienstleistungen Anwendung findet bzw. in wertschöpfenden Unternehmensgründungen mündet.
- Wirtschaftsschutz in Zusammenarbeit mit den Berliner Sicherheitsbehörden ausbauen, um damit den steigenden Sicherheitsbedarfen der Berliner Wirtschaft Rechnung zu tragen (u. a. Fortsetzung der Sicherheitspartnerschaft).
- Zur IT-Sicherheit der Unternehmen beitragen.
- Digitalisierung der Berliner Wirtschaft nachhaltig fördern und in Gremien (wie z.B. City Lab Beirat) an Innovationen für Berlin mitwirken, im Jahr 2021 insbesondere durch die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der #Digitalisierungsoffensive der IHK Berlin insbesondere in Hinblick auf eine neue Governance-Struktur für das Land Berlin, welche die zentrale Steuerung der Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung und Smart City-Strategie in der Senatskanzlei verankert (z.B. durch einen Chief Digital Officer.)
- Auf- und Ausbau der Digitalagentur Berlin begleiten und Services der IHK Berlin zur Unterstützung von KMU rund um die Digitalisierung neu- und weiterentwickeln.



Umwelt und Ressourcen

Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende

Berlin will bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Dieser Transformationsprozess im Kontext der deutschen Energiewende erfordert großen Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die IHK setzt sich dafür ein, dass energie- und klimapolitische Weichenstellungen die Wirtschaft nicht überlasten und Chancen für einen nachhaltigen Reboot der Wirtschaft ergriffen werden. Es gilt, mit Hilfe marktwirtschaftlicher und technologieoffener Instrumente, innovationsfördernder und unbürokratischer Regularien sowie langfristig planbarer Investitionshorizonte, die Potenziale der Wirtschaft gewinnbringend für die Energiewende und ein klimaneutrales Berlin einzusetzen und „grüne“ Wachstumsperspektiven zu eröffnen. Die IHK Berlin wird sich für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Energie- und Klimapolitik in EU, Bund und Land sowie eine kosteneffiziente, technologieoffene und bürokratiearme Ausdifferenzierung in Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen einsetzen. Sie fordert, dass Versorgungssicherheit, Gewährleistung bezahlbarer Strom- und Energiepreise sowie Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben Umwelt- und Klimaschutz gleichberechtigte Ziele der Energiewende sind.

Konjunkturelle Post-Corona-Impulse müssen einen Schwerpunkt bei Investitionsanreizen für energie- und klimaschonende Technologien sowie Innovationsanreizen für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen setzen. In der Berliner Energiewende bedarf es primär einer fokussierten Umsetzung der bestehenden Programme und Maßnahmenpakete, eines dafür geeigneten zentralen Managements sowie einer klaren Benennung und Auflösung von Zielkonflikten. Die IHK wird sich ferner dafür einsetzen, dass Innovationsgeist in der Energiewende ein zentrales Element in der Verwaltung wird – Experimentierräume geschaffen, Bürokratie- und Genehmigungsprozesse vereinfacht und beschleunigt werden.

Mit Blick auf die regionale und überregionale Einbettung Berlins bei der Energiewende ist eine isolierte Landespolitik nicht zielführend und über Bundesvorgaben hinausgehende gesetzliche Verpflichtungen müssen vermieden werden. Bei der klimafreundlichen Transformation der Wirtschaft wird die IHK Berlin ihre Mitgliedsunternehmen unterstützen, eigene Optimierungspotenziale zu identifizieren, frühzeitig auf regulatorische Veränderungen zu reagieren und nachhaltige Klimaschutztechnologien auf den Markt zu bringen. Sie wird sich aktiv für überbetriebliche Klimaschutz-Netzwerke in Berlin einsetzen, Angebote für den Aufbau von innerbetrieblichem Energiewende-Know-How machen und Best-Practices in der Stadt kommunizieren.

Maßnahmen

- Klimaschutz-Wissen durch zielgruppengerechte Informationsangebote, Veranstaltungen und Gesprächskreise für Unternehmen zur Verfügung stellen und Unternehmensaustausch fördern.
- Effektive Weiterentwicklung der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie im Sinne der Wirtschaft begleiten, mit Fokus auf Wettbewerb um die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO₂-armes Energiesystem

Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt eine wirtschaftsfreundliche Umweltpolitik

Anforderungen zum Schutz von Mensch und Umwelt werden zunehmend durch Europa vorgegeben – sie gehören zu den strengsten der Welt. Doch nachhaltiges Wirtschaften ist nicht nur Pflichterfü-



lung: Durch den umweltschonenden Umgang mit wertvollen Ressourcen können Unternehmen Kosten senken, bleiben innovativ und erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Damit Umweltschutz aber zu einer Win-Win-Situation für Umwelt und Wirtschaft wird, muss die Umweltpolitik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen Zielen und ökologischen Ansprüchen schaffen.

Indem sie die rechtliche Rahmensetzung auf EU-, Bundes- und Landesebene analysiert und Chancen und Herausforderungen benennt, ist die IHK Berlin der zentrale Impulsgeber für erfolgreichen und zugleich wirtschaftsfreundlichen Umweltschutz in der Hauptstadt. Sie setzt sich über konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen ein. Dabei macht sich die IHK für eine regional nachhaltige Infrastruktur sowie serviceorientierte Verfahren stark und achtet neben Bürokratieentlastung gleichfalls auf die Konsistenz von Vorgaben aus unterschiedlichen umweltgesetzlichen und übergreifenden Rechtsbereichen.

Die IHK Berlin wird sich daher für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Umweltpolitik in EU, Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass die Preisgestaltung in den Bereichen Wasserwirtschaft (Ver- und Entsorgung) sowie Kreislaufwirtschaft nicht zu Standortnachteilen führt. Der Wettbewerb und eine funktionierende Marktwirtschaft müssen zudem grundlegende Prinzipien im Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen bleiben. Umweltrechtliche Vorgaben müssen unbürokratisch und kosteneffizient umgesetzt werden und umweltpolitische Vorgaben für Berliner Unternehmen dürfen nicht zu Nachteilen im Standortvergleich führen.

Umweltspezifisches Wissen stellt die IHK Berlin durch zielgruppengerechte Informationsangebote wie z.B. Veranstaltungen, Gesprächskreise, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit für die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung zur Verfügung. Sie unterstützt die Betriebe zudem bei der Umsetzung umweltgesetzlicher Anforderungen.

Maßnahmen

- Für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft eintreten, im Jahr 2021 insbesondere durch die Begleitung und Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzepts 2020 – 2030, die Gewerbeabfall-Verordnung und das kommende Einwegplastikverbotsgesetzes.
- Rechtliche Umweltauflagen zielgruppengerecht aufbereiten, für Unternehmen transparent machen und einen Unternehmensaustausch fördern. Über neue abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Novellierungen und Angebote der Berliner Umweltwirtschaft informieren.
- Zusätzliche Belastungen von Unternehmen durch Immissionsschutzauflagen hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit prüfen und auf ein notwendiges Maß beschränken, im Jahr 2021 insbesondere durch Begleitung & Monitoring gesetzlicher Luftschadstoffgrenzwerte, durch Positionierung zur Berliner Klimanotlage und daraus resultierender Maßnahmen wie Fahrverbote oder City-Maut sowie durch Positionierung zum lärmbedingten Straßenumbau.
- Ein zukunftsfähiges Berliner Wassermanagement etablieren und unterstützen, im Jahr 2021 insbesondere durch Synergieeffekte mit der Klimaanpassungspolitik zur Sensibilisierung der Unternehmen.



- Naturschutz- und Klimaanpassungspolitik umsetzen, ohne wirtschaftliche Tätigkeiten in der wachsenden Stadt einzuschränken, im Jahr 2021 insbesondere durch Begleitung und Umsetzung der Charta Stadtgrün und der Berliner Strategie zur biologischen Vielfalt sowie durch Sensibilisierung der Unternehmen für Klimaanpassungsmaßnahmen.
- Freiwillige Umweltleistungen von Unternehmen fördern und darstellen, beispielsweise durch eine kundenorientierte Führung des EMAS-Registers nach IHK-Qualitätsstandards.

Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft jährlich steigern

Der Berliner Außenhandel ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Insbesondere Unternehmen der Berliner Zukunftsbranchen sind im Auslandsgeschäft gut aufgestellt. In den weltwirtschaftlich unsicheren Corona-Zeiten benötigen Berlins international tätige KMU und Start-ups jetzt konkrete Unterstützung, um ihr Auslandsgeschäft neu auszurichten. Mit Blick auf die Corona-bedingt beschleunigte Umbruchphase in der Weltwirtschaft muss die Berliner Politik auch Strategien und Maßnahmen für die mittlere Frist entwickeln, um die internationalen Erfolge der Unternehmen abzusichern und sie bei der Erschließung neuer Geschäftspotentiale zu flankieren.

Die strategischen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins werden im Dialog mit den Wirtschaftsförderern der Stadt festgelegt und umgesetzt. Die verstärkte Zusammenarbeit auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in internationalen Netzwerken zielt darauf, dass die Rahmenbedingungen für Berliner Unternehmen im Auslandsgeschäft verbessert werden und ihnen auch der Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen erleichtert wird. Berliner Unternehmen erhalten zudem – sobald physische Reisen wieder möglich sind – ein Angebot an politisch begleiteten Delegationsreisen in ihre internationalen Schwerpunktmärkte. Parallel werden sie bei der Kooperationspartnersuche durch bestehende, aber auch neue Veranstaltungsformate unterstützt. Delegationen aus dem Ausland sind ein weiterer wichtiger Bestandteil bei der Geschäftspartnersuche und der Erschließung neuer Märkte.

Für eine effiziente Abwicklung der Exportgeschäfte bietet die IHK Berlin bedarfsgerechte Zoll-Workshops und Informationsveranstaltungen zu den aktuellen Zoll- und Außenwirtschaftsfragen an. Bei der Ausstellung der Außenwirtschaftsdokumente werden die Unternehmen durch die Bereitstellung der neuesten rechtlichen Rahmenbedingungen zeitnah unterstützt.

Maßnahmen

- Internationalen Re-Start fördern und die Außenwirtschaftsförderung Berlins strategisch schärfen; in 2021 insbesondere das Internationalisierungskonzept einer grundlegenden Bewertung unterziehen, die Services der Auslandsbüros evaluieren und noch stärker an den Bedarfen der Berliner Unternehmen ausrichten, das Internationalisierungsprogramm Berlins erweitern und mit Brandenburg international stärker gemeinsam als Hauptstadtregion auftreten und agieren.



- Länderpolitische Beratung für Politik und Key Account-Unternehmen, dabei auf die strategischen Zielmärkte und auf Berliner Branchen/ Cluster fokussieren; z. B. Veranstaltungen und/oder (digitale) Delegationsreisen zu den TOP-Partnerländern UK und USA durchführen, die Zukunftsmärkte Südostasiens strategisch stärker für Berliner Unternehmen erschließen.
- Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen.
- Bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten.

